

Österreichische Varianten der Regulationstheorie

Aslı Odman

Die Regulationstheorie hat als Geburtsstätte Frankreich. Es wäre nicht übertrieben zu behaupten, sie sei aus den Geburtswehen des Mai 1968 entstanden, im Laufe der krisenhaften 1970er Jahre sozialisiert worden und habe Anfang der 1980er Jahre ihre ersten reifen Werke hervorgebracht.

Die österreichischen Beiträge zur kritischen Rekonstruktion der Regulationsschule hat Wien als Geburtsstätte. Es wäre nicht übertrieben zu behaupten, sie seien aus den krisenhaften Prozessen am Ende der austrokeynesianischen gesellschaftlichen Übereinstimmung entstanden. Die Erfahrungen, dass Österreich die Rolle der östlichen Bastion im Rahmen der Systemkonkurrenz zwischen der USA-UdSSR abhandeln kam, die ehemaligen territorialen Einheiten von realsozialistischem Osteuropa (Tschechoslowakei und Jugoslawien) endgültig auseinanderfielen und die anachronisch klingenden, aber doch *neuen* Rechten in Österreich bis zur Regierungsbeteiligung in 2000 aufstiegen (Becker 2000), haben die Inhalte der kritischen Weiterentwicklung des Regulationsansatzes durch die österreichischen Regulationistinnen stark beeinflusst.

Während die französischen Regulationistinnen (in Paris um Alain Lipietz, Michel Aglietta, Robert Boyer, Bruno Théret und in Grenoble um Gérard Destanne de Bernis¹) fast ausschliesslich in den 1980ern und 1990ern Jahren (einige bis heute noch) neben ihrer universitären Verankerung an den Wirtschaftsfakultäten auch in einflussreichen linken Parteien und Bewegungen (der PCF (*Parti Communiste Français*), der PSU (*Parti Socialiste Unifié*) und bei den Maoisten) agiert und konkrete Verbindungen zur Realpolitik des *Projet Socialiste* vor ihrer liberalen Wende Anfang der 1980er Jahre entwickelt haben, ist bei den österreichischen Regulationistinnen (Joachim Becker, Johannes Jäger, Andreas Novy, Werner Raza und Vanessa Redak) die direkte Beteiligung an der Realpolitik eine Randerscheinung. Das Dach, das sie Anfang der 1990er zusammenbringt und in der Zeit von 1995 bis heute noch der Ausgangspunkt ihrer gemeinsamen vielschichtigen Forschungen bildet, sind (zumindest ursprünglich) die Wirtschaftsuniversität Wien und die Disziplin Ökonomie. Auch als es zu einer direkten Beratungs- und Expertentätigkeit an einer realpolitischen Institution kam, waren diese Institutionen (wie *die Grünen* oder die Arbeiterkammer) niemals direkte politische Ausführungsinstanzen im Kontrast zum französischen Fall. Eine ähnliche Tendenz weist auch der deutsche Zweig der Regulationistinnen auf: In Frankfurt am Main und Marburg wurde der Regulationsansatz etwa 10 Jahre nach Frankreich rezipiert und – im Fall Frankfurts – in der Tradition der Frankfurter Schule erweitert. Eine aktive Teilnahme der deutschen Regulationisten (Sabah Alnasseri, Ulrich Brand, Alex Demirović, Josef Esser, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Thomas Sablowski) an staatlichen Ausführungsinstanzen fehlte auch hier. Stattdessen wurde zeitweise durch die Vermittlung der neuen sozialen Bewegungen Kontakt zur Grünen Partei und zu den Gewerkschaftslinken geknüpft. Ein Unterschied sowohl zum Fall Österreich als

auch zum Fall Frankreich besteht jedoch: diese Forscher weisen einen politikwissenschaftlichen Hintergrund auf und entwickeln den Regulationsansatz mit dieser Schwerpunktsetzung insbesondere in der Staatstheorie weiter.

Der Unterschied im Geburtsfoyer und in der Geburtszeit dieser zeitlich aufeinanderfolgenden und inhaltlich aufeinanderbauenden Beiträge zum gesellschaftskritischen Regulationsansatz hat grossen Einfluss auf die Akzentsetzungen in der Themenwahl und die Entwicklungsgeschichte der Theorie. Spezifisch in Bezug auf die österreichischen Regulationistinnen, die das Thema dieses Artikels bilden, sollte folgendes zusammenfassend erwähnt werden: In den 1990er Jahren, als die liberale Wende sowohl EU-weit als auch in den österreichischen staatlichen Instanzen eine Hegemonie erlangt, waren durch ein Engagement in der unmittelbaren Politik der staatlichen Institutionen reale Veränderungsmöglichkeiten fast ausgeschlossen. Dies hat meiner Meinung nach dazu beigetragen, dass die kritische Haltung in Österreich ihre Kanten und Ecken behalten hat, die Sensibilität über das Verhältnis von Macht und Wissen in eine anti-technokratische theoretische Haltung übersetzt wurde und der geographische Bezug der Analysen die klassischen Kern-EU-Grenzen in einem in den vorherigen empirischen Arbeiten der französischen und deutschen Regulationistinnen noch nie da gewesenen Ausmass sich ausgeweitet hat, um konkrete und komparative Länderstudien wie Mercosur- und Zentralosteuropa-Staaten miteinzubeziehen. An dieser Stelle soll auch erwähnt werden, dass sich gerade diese Periode in Lateinamerika durch zahlreiche systemkritische soziale Bewegungen auszeichnet, die ausgehend aus diesem Subkontinent die weltweite Hegemonie des Neoliberalismus hinterfragen ließ: Verfällt die neoliberale Hegemonie? Wohin führt der Weg aus der Krise? (Boris u. a. 2005).

Eine letzte Kontextualisierung der österreichischen Beiträge bleibt zu konstatieren: Im Gegensatz zu Deutschland, wo die Wirtschaftswissenschaften neoklassisch dominiert sind, ist das keynesianische Erbe in Österreich an staatlichen und akademischen Institutionen noch teilweise erhalten geblieben. Glücklicherweise wurde diese Eigenheit durch die österreichischen Regulationistinnen dazu gebraucht, um die quantitativen Instrumentarien der ökonomischen Disziplin für konkrete empirische Studien über gesellschaftliche Kräfteverhältnisse einzusetzen und Konjunkturanalysen zu machen.

Im Rest des Artikels will ich nach einer kurzen Einführung in die Grundbegriffe des Regulationsansatzes die konzeptuellen und thematischen Erweiterungen durch die österreichische Gruppe schematisch darstellen. Im Rahmen des aktuellen Heftthemas »Zur Aktualität und Tradition gesellschaftskritischer Ökonomie in Österreich« mit der folgenden Frage anzufangen, wäre sinnvoll: Worin besteht überhaupt die kritische Motivation dieser Theorie?:

Der »kurze Traum der immerwährenden Demokratie« (Becker 1998) hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa weitere Teile der Bevölkerung, das sind vor allem die Arbeiterinnen und das Kleinbürgertum, erfasst und wurde auf diese Art und Weise ein »kollektiver Traum«. Die 1970er Jahre brachten jedoch die Krise des sozialstaatlichen Kapitalismus mit sich, und der Glaube an ihre langlebige Konsensfähigkeit wurde erschüttert. Wie oft, erwuchs die gesamtgesellschaftliche Kritik aus einer Systemkrise, und diese Kritik wurde in Frankreich im Bereich der Politischen Ökonomie konsistent und systematisch auch in Form vom Regulationsansatz getragen.

Dessen Grundfragestellung bezog sich, gerade zu der Zeit, als sich die Gesellschaft langsam aus dem Traum erwachte, auf die politökonomischen Voraussetzungen jenes Traumes und zeitlich auf die Periode zwischen 1945 und 1970: »Wie kam es trotz der strukturellen Widersprüche kapitalistischer Gesellschaftsformationen für bestimmte Zeiten und Räume zu einer relativ stabilen Akkumulation und sozialen Stabilität?« Somit war die Gemeinsamkeit der Gründungsväter der Regulationsansatzes der kreative Bezug auf die marxistische Strukturanalyse des Kapitalismus unter neuen konjunkturellen Bedingungen. Diese Frage wurde gestellt, um durch eine geeignete Konjunkturanalyse die durch die Krise aufgeweichten strukturellen Schranken des kapitalistischen Systems darzustellen und den sozialen Bewegungen praktische Hinweise zu geben, wie und wo das System in progressivere und emanzipativere Wege gebogen werden kann.

Die strukturellen Schranken des systemischen Kapitalismus wurden, auf Basis einer neuen Lektüre von »das Kapital« und der klassischen »Formanalyse« folgend, als das Lohnverhältnis, die Form der Konkurrenz, die monetäre Restriktion, die Form der Beteiligung am internationalen Regime und die Staatlichkeit identifiziert. Das Neue an dem Ansatz ist, dass das analytische Instrumentarium für das Verständnis des Gesamtkapitalismus in zwei Achsen gegliedert wird, nämlich in das Akkumulationsregime und die Regulationsweise. Die strukturellen Formen beziehen sich auf die zweite analytische Achse und eine relative Harmonie zwischen den beiden Regimes ist die Grundlage jeder gesellschaftlichen Stabilitätsphase. Diese relative Stabilitätsphase, die sich aus dem harmonischen Zusammenspiel von Akkumulationsregime und Regulationsweise ergibt, wird eine Entwicklungsweise genannt.

Eine wichtige Erweiterung der marxistischen Kapitalismusanalyse ist, dass einerseits das Konzept der Regulation das Potential aufweist, mit den Vorstellungen einer technokratischen und mechanisch wirkenden Wirtschaftspolitik zu brechen, und andererseits das Konzept des Akkumulationsregimes das *conditio sine qua non* des Kapitalismus, nämlich der Imperativ der Kapitalakkumulation historisiert und für Periodisierungsversuche adaptiert wird, anstatt von der »immerwährenden Kapitallogik« zu sprechen. Novy zufolge liegt die Stärke der Regulationstheorie darin, dass sie eine Theorie mittlerer Reichweite ist, d. h. versucht, »zwischen Mikro- und Makroanalysen, bzw. Zwischen Handlungs- und Strukturtheorien eine Brücke zu schlagen« (Novy 1995: 35). »Der Regulationstheorie zufolge gibt es »keine Bewegungsgesetze des Kapitalismus, aber sehr wohl Gesetze des jeweiligen Akkumulationsregimes«, so Hübner (1990: 133). Der Status der »Gesetzmäßigkeit« in der Theorie in Relation zu den empirischen Arbeiten ist einer der wichtigsten Kritik- und Erweiterungspunkte der österreichischen Regulationisten, insbesondere von Andreas Novy (1995: 36), wovon noch ausführlich die Rede sein wird.

Die *pax americana* in den USA und in Westeuropa wurde somit durch das Zusammenwirken eines auf den Binnenmarkt gerichteten intensiven Akkumulationsregimes, wo die Produktionsmittel- und Konsumgüterproduktion eng verknüpft waren, und einer sozialstaatlich auf die Vollbeschäftigung und den Massenkonsum gerichteten Regulationsweise gekennzeichnet. Die Krise in den 1970er Jahren war, schematisch ausgedrückt, der Zusammenbruch der relativen Parallelentwicklung zwischen der Massenproduktion und dem Massenkonsum. Das europäische und US-amerikanische Nachkriegsmodell des Kapitalismus war der Ausgangspunkt der Theoriebildung und der empirischen Studien der Regulationisten. Um diese Periode

zu benennen, wurde der Gramscianischen Hegemoniethorie der 1930er Jahre ein Schlüsselbegriff entnommen, nämlich jener des Fordismus². Dieses Konzept eröffnete Forschungsfelder, die von ökonomistisch-strukturalistischen Erklärungsweisen des Kapitalismus ausgeklammert waren: Sie bezogen sich auf aktive Konsensbildungsmechanismen in der Zivilgesellschaft, wie z. B. gesteigerter Massenkonsum, korporatistische Beteiligung am politischen Prozess durch Interessensvertretungen, Diskursproduktion durch Massenmedien, Erziehung etc., welche unter dem Rubrik »Regulationsweise« analysiert werden konnten.

Die österreichische Variante des Regulationsansatzes zeichnet sich sowohl durch konzeptuelle als auch durch thematische Erweiterungen des klassischen Regulationsansatzes. Diese Punkte können wie folgt zusammengefasst werden:

Konzeptionelle Modifikationen durch die Wiener Schule

1. Der implizite Raumverständnis des französischen Regulationsansatzes wird von der österreichischen Schule eigens unter die Lupe genommen. Die sich verändernde Territorialität des Staates und die soziale Produktion von Raum wird anschliessend eigens theoretisiert (insbesondere in den Arbeiten über die Produktion und Regulation des städtischen Raumes: Becker/Novy 1999; Novy u. a. 2001, Jäger 2003a und 2003b). Eine Sensibilität für den Raum ist Grundlage ihrer empirischen Arbeiten. Die lokale, urbane, regionale, nationalstaatliche, suprastaatliche und internationale Ebene (d. h. die territorialen Ebenen der Regulation) und wie sie ineinander greifen werden voneinander unterschieden. In der Beschäftigung mit dem Raum bauen sie eigentlich auf den staatstheoretischen Öffnungen der deutschen Regulationisten auf: Die dualisierende Fragestellung darüber, ob im Postfordismus der Staat abgeschwächt ist oder nicht, wenden sie raumtheoretisch um: Es geht nicht um an mehr oder weniger an Nationalstaat, sondern um die sich verändernde Qualität der Staatlichkeit und diese kann vorzüglicherweise über die Veränderung seiner Regulationsgrenzen, die gegenwärtige räumliche Reichweite verschiedener Regulationsinstanzen, geographischer Umfang der Legitimierung und der staatsdemokratischen Verantwortlichkeit analysiert werden. Die Absorption der Überakkumulation, die die strukturelle Dynamik hinter den Krisen der 1970er Jahre bildet, wird in den letzten Dekaden hauptsächlich dadurch bewirkt, indem durch das Kapital räumliche Verlagerungen gemacht werden und Teile der gesellschaftlichen Räume, die vorher nicht der Kapitalakkumulation offen waren, eine primäre Kommodifizierung durchmachen. Dadurch sind nicht nur die Auslagerungen des produktiven Kapitals in die relativ weniger kapitalisierten Länder wie Zentralosteuropa, Lateinamerika, China usw. sowie die Kommodifizierung des städtischen Raumes angesprochen, sondern auch die weltweiten Privatisierungen von Gesundheit, Erziehung und Umweltschutz; dies sind alles Bereiche, die in der fordistischen Periode im Zentrum sowie in der Peripherie hauptsächlich staatliche Bereiche waren und wichtige Dekommodifizierungstendenzen aufgewiesen haben, um ein Begriff von Karl Polanyi zu benutzen. Auch in diesem Sinne ist die österreichische Schule ein Kind ihrer Zeit: Die Periode nach 1980 zeugt von der qualitativen Veränderung im Territorialitätsprinzip, das etwa seit Mitte des 19. Jahrhunderts, nämlich das Jahrhundert der Nationalitäten, das räumliche Organisationsprinzip der Weltgeschichte war. Eine Problematisierung der Territorialität wurde erst im Zuge und Kontext ihrer gegenwärtigen Krise möglich. In Verbindung damit hört z. B.

bei Becker die Staatlichkeit eine der strukturellen Formen der Regulation darzustellen, sondern wird als Objekt sowie Garant eines sich verändernden Legitimationsraums, der jeglicher Regulation unterliegt, gesondert und der strukturellen Formen übergeordnet neben die Warenförmigkeit gestellt (Becker 2002: 165). Die österreichischen Regulationistinnen kritisieren an der französischen Schule ihre implizite räumliche Fixiertheit auf das nationalstaatliche Territorium als die Ebene der Regulation, also auf den »nationalen Behälterraum«. Stattdessen wird für ein Zusammendenken des Regulationsansatzes mit der Raummacht-Analyse plädiert, welche betont, dass Menschen nicht nur Geschichte sondern auch ihre eigene Geographie machen (Becker 2002: Kap. 5; Novy 1995: 27ff und Novy 2003). Mit Hilfe dieser Erweiterung können die konkreten sozialen Institutionen und Bewegungen (seien es Industriellenvereinigungen, lokale Initiativen der VorortbewohnerInnen, der politischen Parteien oder der Studentenorganisationen) unter die Lupe genommen werden, indem die analytische Hürde der nationalstaatlichen Repräsentanz oder das Kriterium eines sozialen Erfolges dieser sozialen Bewegungen oder Institutionen überwunden wird. Ein Weg zu empirisch fundierten Fragestellungen, die auch eine gesellschaftliche Kontingenz zulassen, kann damit geebnet werden: welche räumlichen Forderungen und materielle sowie immaterielle Reichweite haben diese Bewegungen? Wo innerhalb der konjunkturellen Schranken des Akkumulationsregimes sind sie angesiedelt? Auf welchen räumlichen Ebenen, durch welche Institutionen und mit welchem Diskurs drücken sie sich aus? Wenn es die regulationstheoretisch operierende Konjunkturanalyse schafft, auf Bruchstellen sowie auf Kontinuitäten in der gesellschaftlichen Stabilität aufzuweisen, die lebendigen AkteurInnen hinter diesen Institutionen und Bewegungen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb des dominanten Akkumulationsregimes zu verorten und über mögliche Öffnungen aufzudecken, ist dieses Zusammendenken fruchtbar. Dies verweist auch darauf, dass die österreichischen Regulationistinnen ein umfangreicheres Verständnis davon haben, was »Politik machen« heisst. Durch die Akzentsetzung auf die soziale Produktion von Raum innerhalb der strukturellen Schranken des Akkumulationsimperativs versuchen die österreichischen Regulationistinnen, eine Brücke zwischen Makro- und Mikroanalysen, zwischen einer abstrakten polit-ökonomischen Theorie und »Empirisierung« der grossen Fragen zu schaffen. So eine theoretische Sensibilität scheint mir für die Analyse der gegenwärtigen Umstrukturierungsprozesse sehr relevant zu sein, wenn ich an die brennenden offenen Fragen im türkischen Kontext denke, die nach passenden theoretischen Ansätzen rufen: Es werden regionale Entwicklungsagenturen gegründet; die Notwendigkeit eines lokalen Mindestlohnes wird propagiert, um die Konkurrenzfähigkeit der nationalen Ökonomie zu erhöhen; Istanbul ist mit den grössten urbanen Transformationsplänen ihrer Geschichte konfrontiert, die durch public-private-partnerships getragen werden und jetzt schon wichtige Signale der Gentrifizierung und grosse Anzahl von lokalen Betroffenen erzeugen. Doch sollte meiner Meinung nach erwähnt werden, dass die empirischen Studien, insbesondere die Länderstudien, die die österreichische Schule im Rahmen ihrer raumtheoretischen Erweiterungen zum Regulationsansatz, durchführt, die Potentialen dieser Weiterentwicklung noch nicht voll entwickelt haben. Die meisten Länderstudien haben als Analyseeinheiten Nationalstaaten. Dies könnte dazu führen, dass die nationalstaatliche Fixierung, der von der Tür weggewiesen wird, durch den Rauchfang wieder ins theoretische Haus eindringt. Den Periodisierungsversuchen der Nationalstaaten, die anhand von Ach-

sen »extensive/intensive-, »extravertierte/intravertierte Akkumulation« oder aber »Akkumulation produktiven/fiktiven Kapitals« gemacht werden, könnte unerwünschterweise ein linear-evolutionistisches Entwicklungskonzept, d. h. ein Denken in Stufenmodell unterwandern. Die Periodisierung einzelner Nationalstaaten wird weiterhin über das lineare Zeitverständnis durchgeführt, obwohl eine der Stärken der österreichischen Beiträge die Erweiterung des Regulationsansatzes um den lefebvri-anischen Raum als sozial produzierter Raum darstellt, welcher zugleich eine Problematisierung des sozialen Rhythmus jenseits des Entwicklungsbegriffes beinhaltet. Mir scheint deswegen, dass die Potentiale, die die österreichischen Erneuerungen für die Analyse der gegenwärtigen wie historischen Umstrukturierungen aufweisen, besser genutzt werden können, wenn man in den vergleichenden Agenden nicht von Nationalstaaten, sondern von Fragestellungen, d. h. Problematisierungen ausgehen würde, welche einen direkten Raum- und empirischen Bezug haben. Die räumliche Reichweite oder die Analyseinheit (was auf dasselbe hinausläuft), sollte sich erst aus der Fragestellung ergeben. Es könnte wohl auch herauskommen, dass in zwei »nationalen Kontexten« lieber zwei ungleiche räumliche Einheiten miteinander verglichen werden sollten (z. B. ein Stadtteil und mit einer ganzen Region, wo z. B. ein bestimmtes Armutsbekämpfungsprogramm durchgeführt wird), um auf die Spuren der sozialen Dynamik zu kommen, die uns interessiert. Eine Fragestellung könnte beispielsweise so – in Form einer Anfangshypothese – formuliert werden: Die Sozialpolitik koppelt sich in der gegenwärtigen Politik immer mehr von der Beschäftigungspolitik ab. Während die letztere im Kontext der nationalen Wettbewerbspolitik handgehabt wird, transformiert sich die erstere eher in eine moderne Armutsbekämpfungspolitik. Machen diese Aussagen (Hypothesen) im österreichischen, uruguayischen, türkischen Kontext einen Sinn? Wenn schon, welche Akteure sind in jeweiligem Fall beteiligt, welche neuen Institutionen werden geschaffen, wie reagiert die Arbeitswelt darauf? So ein Zugang würde die Türe für die permanente Erneuerung der Theorie anhand der neuen empirischen Beobachtungen offen lassen und die Gefahr der theoretischen und selbstreferentiellen Typisierung vermindern. An dieser Stelle erinnere ich mich an die Subdisziplin der Historischen Soziologie (Barrington Moore, Charles Tilly, Theda Skocpol, Immanuel Wallerstein etc.), die in den 1970er und 1980er Jahren einen Aufstieg erlebt und wichtige Werke hervorgebracht hat. Die wichtigste Motivation dieser Subdisziplin war es, ähnlich wie im Falle des Regulationsansatzes, eine erfolgreiche Konjunkturanalyse zu machen, indem sozialtheoretisch informierte Fragen, oft »grosse Fragen«, an die Geschichte gestellt wurden. In diesem Sinne ist die Historische Soziologie ein weiteres Kind der Systemkrise und sozialen Bewegung Ende der 1960er Jahre, sie hat jedoch heute an intellektueller Produktivität und Lebendigkeit eingebüßt. Meiner Meinung nach ist einer der wichtigsten und im Rahmen dieses Artikels relevanten Gründe für das Abflauen dieser Subdisziplin trotz ihrer grossen Verdienste, dass sie mit eher verschlossenen Initialfragestellungen und auf einem hohen Abstraktionsniveau versucht hat, grosse Fragen (Transitionsproblematik, Gründe der grossen Revolutionen) ohne ein dialektisches Verhältnis zwischen Konzeptbildung und empirischer Untersuchung zu beantworten. Nachdem sie zu Typisierungen gelangt war, indem sie Grosses mit Grossem erwiderte, also Makrofragen auf der Makroebene beantwortete, passierte folgendes: Initialfragen, die eigentlich als Hypothesen formuliert werden sollen, welche sich in Kontakt mit dem historischen Material verändern und umformen sollten, wurden mehr oder weniger un-

mittelbar in Schlussfolgerungen übersetzt. Der Vergleich wurde dabei eher illustrativ für die Theorie als analytisch ausgehend aus der Theorie verwendet. So lief die Theorie Gefahr, nach einem Initialspurt repetitiv und in sich verschlossen zu bleiben. Abschliessend will ich die Verdienste der regulationstheoretisch angeleiteten Ländervergleiche und -studien der österreichischen Schule der Regulationstheorie auf einer anderen Ebene positiv hervorheben, nämlich im Rahmen ihrer Beiträge zu Inhalten und Institutionen des intellektuellen Feldes in Österreich: Die Beschäftigung mit dem nicht-europäischen Raum an den sozialwissenschaftlichen und historischen Fakultäten erfreut sich in Österreich keiner langen Tradition und grossen Institutionalisierung. Konkrete Inhalte mit einer Kenntnis der Sprache, der gegenwärtigen Institutionen und Gesellschaft einiger lateinamerikanischen und zentralosteuropäischen Ländern fanden das erste Mal durch diese Gruppe in Wien in Österreich Eingang. Dass durch die österreichische Schule und im Rahmen des erneuerten Regulationsansatzes mit einem gesellschaftskritischen Blick wichtige intellektuelle und institutionelle Kontakte mit Lateinamerika und Zentralosteuropa hergestellt werden, kann nicht genug unterstrichen werden. Von diesen Kontakten könnten jedoch meiner Meinung nach für die Weiterentwicklung der Theorie besser Gebrauch gemacht werden, wenn die vergleichende Forschungsagenden in Form von problematisierten Analyseeinheiten formuliert werden könnten, welche erst im Anschluss an Hypothesen ihre Formulierung und *scale of analysis* finden würden, wie ich eben oben versucht habe darzustellen.

2. Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse finden unter dem Namen »ökologische Beschränkung« Eingang in die Strukturformen jeglicher Regulationsweise und werden eigens theoretisiert. Der Verdinglichung der Natur, der Kommodifizierung der Umwelt und den sich miteinander konkurrierenden Naturperzeptionen der verschiedenen Klassen und Interessensgruppen auf dem Weg zur Konsensbildung darüber, wie die »Natur im gesellschaftlichen Prozess einzusetzen ist«, wird damit Rechnung getragen. Becker und Raza entwickeln diese vierte strukturelle Form »ökologische Beschränkung« aus der Kritik der späten Schriften von Lipietz (1998a und b). Sie kritisieren an Lipietz, dass sein Konzept der »politischen Ökologie« an einer politökonomischer Fundierung mangelt und eine starke normative Fundierung aufweist (Becker/ Raza 2000; Raza 2003). Im Vergleich zum späten Lipietz versuchen sie – auf einer ähnlichen Linie wie die deutschen Regulationisten Alex Demirović (1997) und Christoph Görg (1999) – die ökologische Regulation der Produktionssphäre zu analysieren und ihre Verbindungen zu den Stabilitäten und Krisen im Akkumulationsregimes herzustellen. Die »Natur« in der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus ist durch die verstärkte Rolle des Finanzkapitals, der Akkumulation fiktiven Kapitals gekennzeichnet. Der Akkumulationsprozess fiktiven Kapitals ist durch eine gesteigerte Krisenanfälligkeit gekennzeichnet: Das Imperativ zur Realisierung des Finanzkapitals übt einen gesteigerten Druck auf die Durchkapitalisierung der Produktionsbedingungen, darin auch die Natur, aus. Die Wellen von neoliberalen Staats- und Rechtsreformen, wie z. B. Privatisierungen von physischer und sozialer Infrastruktur, Flexibilisierung der Arbeitskraft und Expansion der Technologie in die – aus der Perspektive der Akkumulationsinteressen – brachliegende Natur (Humangenome, Biodiversität etc.), gehorchen eigentlich diesen neuen Erfordernissen des finanzierten Akkumulationsregimes. Durch diesen integral denkenden Blick schaffen es Becker und Raza, die

Naturverhältnisse in die soziale und politökonomische Analyse zu integrieren und aus dem moralisierenden und damit eng-apolitischen Blickwinkel mancher »Ökobewegungen« und »Naturschützer« zu retten. Mit der Reintegration der Natur als ein gesellschaftliches Verhältnis in die polit-ökonomische Analyse des Regulationsansatzes können gegenwärtig brennende Fragen wie Bio-, Gentechnologie, neue Entwicklungen im intellektuellen Eigentumsrecht passend thematisiert werden. Für die ressourcenreichen, jedoch relativ kapitalarmen Nationalstaaten sollten die neuesten Entwicklungen im Zuge der TRIPS (Trade Related Aspects of Intellectual Property) – Erweiterung zum GATT-Abkommen (1995) – in die ersten Reihen der intellektuellen sowie politischen Agenda rücken und diese könnten erfolgsversprechend mit dem von der österreichischen Schule der Regulationstheorie vorgeschlagenen Analyserahmen angegangen werden: Unterschiedliche Naturperzeptionen der lokalen BäuerInnen, nationalstaatlichen regionalen Entwicklungsagenturen, internationalen Umweltorganisationen und multinationalen Lebensmittel- und Agrikulturunternehmen, die u.a. Hybridsamen produzieren, treffen auf einem hierarchisierten Feld zusammen. Und wohin bewegt sich das gesellschaftliche Naturverhältnis? Welche Grenzen der ökologischen Begrenzung werden gezogen?

3. Das Verhältnis zwischen Wissen und Macht wird in der österreichischen Schule der Regulationstheorie gesondert diskutiert (Novy 2001: Kap. 5, Novy 2003: 292ff). Da das Wissen einerseits sowohl eines der Inputs der gegenwärtigen kapitalistischen Akkumulation (Stichwort: »kognitiver Kapitalismus«) als auch ein konstituierender Bestandteil der regulativen Institutionen ist und andererseits Wahlverwandtschaften mit der hegemonialen Ideologie eingeht, wird von der österreichischen Regulationistinnen das Konzept des »Regulationsdispositiv« jenes der »Regulationsweise« vorgezogen. Bei dieser Präferenz spielen meiner Meinung nach zumindest zwei wichtige Faktoren eine Rolle: Der erstere ist die kritische Distanz der österreichischen Regulationistinnen zur staatlichen Politik und den technokratischen Prozessen. Wie oben angemerkt, ist eine Möglichkeit der Anwendung der regulationistischen politischen Ökonomie in den real-gegebenen staatlichen Instanzen der neoliberalen Hegemonie zu Zeiten der Ausbildung der Wiener-Schule fast ausgeschlossen. Zweitens liegt dem Konzept »Regulationsweise«, die Anfang der 1980er Jahre formuliert wurde, eine unterschwellige Annahme der Stabilität zugrunde, was die Analyse der sich gegenwärtig anhäufenden kleinen und grossen Staats- und Legitimationskrisen sehr erschweren würde. Das Konzept »Dispositiv« wird dabei den philosophisch-historischen Arbeiten Michel Foucaults entlehnt. Ein Dispositiv ist nach Foucault ein Netz, das materielle (Institutionen, Gesetze) und immaterielle (Normen, Lehrsätze, Paradigmen) Organisationsformen einer gesellschaftlichen Formation umfasst und eine strategische Funktion hat, um auf »Sinn- und Sinnlichkeitskrisen« der Gesellschaft zu beantworten. Becker transportiert dieses Konzept, das auf die Reproduktion der Macht in Mikrostrukturen entwickelt wurde, auf die Makrostrukturen der Regulationstheorie, um dem Konzept »Regulationsweise« jene Fixierung auf die Stabilität und den Beigeschmack der »success-story« zu nehmen. Das Regulationsdispositiv umfasst dann sowohl materielle als auch immaterielle Elemente, die zu einem gegebenen Ort und gegebener Zeit unterschiedlich zueinander in Verbindung gebracht werden können. Von daher rührt auch der im Vergleich zur französischen Schule grössere Stellenwert der empirischen Analyse bei den österreichischen Regulationistinnen, um jedesmal

räumlich-zeitlich neue Konstellation des Dispositivs analysieren zu können. Novy betont auch in diesem Kontext den Begriff der »kontextuellen Wahrheit«, um sowohl auf die Produktion von Wahrheit (*régime de vérité* bei Foucault) durch Macht als auch auf die Zeit- und Raumabhängigkeit der Lösungsvorschläge im Zuge der Konjunkturanalysen hinzuweisen (Novy 1995: 24). Der Begriff »Regulationsdispositiv« ermöglicht es, laut der Wiener Schule, besser, die Phasen der Stabilität wie der Instabilität, also der Konstruktion von Konsens/Wahrheit zu fassen (Becker 2002: 122ff). Diese Kategorie wird demnach statt der Regulationsweise eingesetzt, um die Erfahrungen verschiedener nationalstaatlicher Einheiten von Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Gegenwart zu vergleichen (für Fallstudien über Österreich: Becker/Novy 1999; und ein Österreich-Uruguay-Vergleich: Becker/Raza 1999).

4. Während das Konkurrenzverhältnis in der klassischen Theorie eine der Strukturformen der Regulationsweise bildet und vertikal zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen konzeptionalisiert wird, kommt durch die österreichische Veredelung des Konzeptes das horizontale Konkurrenzverhältnis dazu (Becker 2002: 157ff). Das vertikale Konkurrenzverhältnis umfasst die Jagd nach einer hohen Profitrate der Einzelkapitale und ist in diesem Kontext durch die Vermittlung der technologischen Innovationen, Verringerung der Lohnkosten, Disziplinierung der Arbeitskraft zum Lohnverhältnis rückgebunden. Das horizontale Konkurrenzverhältnis jedoch findet zwischen den LohnarbeiterInnen, zwischen den ArbeiterInnen im formellen Sektor und dem informellen Sektor, innerhalb der Mittelklassen, zwischen unterschiedlichen ethnischen, gender und religiösen Gruppen statt und umfasst jegliche Strategien des sozialen Aufstiegs oder aber des Subsistenzkampfes auf Kosten der anderen. Das sind Konkurrenzsituationen, die auf dem Feld der räumlich miteinander geteilten Lebensverhältnisse und Verteilungsprozesse stattfinden und damit jenseits des abstrakten nationalstaatlichen Gleichheitspostulats in konkreten, gelebten Räumen stattfinden und diese Räume durch diese Auseinandersetzungen um den Zugang zu öffentlichen Verteilungsmechanismen erst produzieren. Wenn man die »öffentliche Räume« als Konstruktionsprozesse analysieren will, kann das Konzept des horizontalen Konkurrenzverhältnisses sehr hilfreich sein. Zu Zeiten, wo kulturalistisch-essentialistische Analysekatégorien à la mode sind (wie z. B. *clash of cultures*, *multiculturalism*, *identity politics*), welche sich oft durch Strukturvergessenheit auszeichnen, scheint diese Erweiterung sehr relevant zu sein, um den Aufstieg der Fundamentalismen, der neuen Rechten und der kulturell motivierten Kriege zu analysieren (für eine Feldstudie über Zentralosteuropa; Becker 2006). Aber auch für die Analyse der Nationalstaatsbildung in der Semiperipherie im 20. Jahrhundert kann diese konzeptionelle Erweiterung brauchbar sein: Staaten wie die Türkei, wo die Nationalstaaten in der Gründungszeit durch geringe Kapitalakkumulation und schwache industriebürgerliche Kräfte gekennzeichnet sind, spielen meist die horizontalen Konkurrenzverhältnisse zwischen Ethnien eine historisch konstitutive Rolle. Die Türkisierung der Mittelklasse in den ersten Dekaden des 20. Jahrhunderts ist ein gutes Beispiel der ethnischen Konnotierung des horizontalen Konkurrenzverhältnisses (Becker/Odman 2004).

5. Die monetäre Beschränkung wird bei den österreichischen Regulationistinnen ausführlicher behandelt, nicht zuletzt, weil »im Fordismus der Nachkriegszeit das Lohnverhältnis das zentrale Element der Verteilungspolitik« war, wobei »seit Ende

der 70er Jahre die Einkommensverteilung zentral über die Zinspolitik, also das Geld, beeinflusst worden« ist (Becker 2002: 166). Die Strukturform, die die französischen Regulationistinnen am ausführlichsten unter die Lupe genommen hatten, war das Lohnverhältnis. Die Wiener Schule macht in diesem Sinne ihre monetären Analysen ausgehend von der Feststellung, dass die gesellschaftliche Analyse davon, wie das monetäre Verhältnis Gegenstand politische Konflikte wird, im Vergleich zu anderen sozialen Bereichen vernachlässigt wird, nicht zuletzt weil dem ganzen monetären Feld eine starke technokratisierte Institutionalisierung zugrundeliegt. Geld wird daher eher als Zahlungsmittel (Kreditgeld) thematisiert. Über Zinspolitik werden zu Zeiten des dominanten Akkumulationsregimes fiktiven Kapitals globale Schuldner und Gläubigerpositionen entwickelt und vertieft. Die Regulation des Geldes hat damit auch territoriale Dimensionen, was sich im Konzept des »Währungsgebietes« ausdrückt. Der Anpassungszwang der Schuldnerstaaten mit einem schwachen Währungsgebiet an das Regulationsdispositiv ist grösser. Vermittelt über das Primat der Stabilisierung der Zahlungsbilanz und Kreditwürdigkeit kann auch in den anderen strukturellen Formen Konformität erzeugt werden. Die Texte der ersten und zweiten Strukturanpassungsprogramme, die in Lateinamerika, Zentralosteuropa, der Türkei etc. seit ca. drei Dekaden durchgeführt werden, zeugen von dieser diskursiven Prioritätensetzung und Legitimation. Die hierarchische Vermischung von Währungsräumen jenseits der territorialen Souveränitätsgrenzen, d. h. Dollarisierung und Euroisierung werden eigens analysiert, nicht zuletzt um die strukturellen Schranken herauszuarbeiten, die der nationalstaatlichen Regulationsebene gesetzt worden sind (Becker/ Jäger 2005; Becker i.E.)

Thematische Schwerpunkte in schematischer Form

1. Stadtforschung: Schwerpunktsetzung auf Regulation des städtischen Raumes (Novy u. a. 2001; Becker/ Novy 1999) Urbane Bodenrententheorie aus regulationistischen Sicht (Jäger 2003a und 2003b).
2. Akkumulation fiktiven Kapitals und der Aktionärskapitalismus (Redak 2003)
3. regionale Integration und Transformation in der »Peripherie«: Modifikation des raumstarrten Zentrum-Peripherie-Modells anhand von konkreten empirischen Analysen (Novy 2001; Jäger 2003, Becker i. E.)
 - 3.a. Lateinamerika: regionale Integration im Rahmen von Mercosur Finanzkrisen und monätere Strategien in Argentinien, Brasilien und Uruguay Periodisierung der gesellschaftlichen Entwicklung und sozialen Bewegungen In Brasilien
 - 3.b. Ost- und Mitteleuropa: EU-Mercosur Integration im Vergleich Aufstieg der Neokonservativen in Zentralosteuropa

Ich habe versucht, die österreichischen Beiträge zum französischen Regulationsansatzes, die eigentlich den ursprünglichen Ansatz in mehreren seiner konstituierenden Teilen – bis auf seinen gesellschaftskritischen Kern – einer kritischen Erneuerung unterzogen haben, vorzustellen. Dass so ein Vorhaben im Rahmen eines Artikels nur rudimentär umgesetzt werden kann, ist bekannt. Die Tabellen, die die konzeptuellen und thematischen Erweiterungen der Wiener Schule beinhalten, sollen zur Übersichtlichkeit dienen. Diese Tabellen beinhalten auch einige Vorschläge zur Weiterentwicklung der Analyserahmens und Akzentsetzungen auf für heute relevante

Forschungsthemen und -bereiche, welche eher durch den türkischen Diskussionszusammenhang inspiriert sind. Denn die Frage der Gesellschaftskritik kann von der Frage der sozialen Relevanz der Forschungsagenden nicht getrennt zu denken. Hier bleibt letztlich anzumerken, dass die österreichischen Beiträge zum Regulationsansatz in einem komparativen Geist relevante Fragen für verschiedene soziale Kontexte aufwirft. Aus Istanbul sieht das so aus!

Literatur

- Becker, Joachim (1998) Der kurze Traum der immerwährenden Demokratie, in: Kurswechsel, Nr. 1, S. 11-22.
- / Raza, Werner (1999) Great Crisis or Permanent Crisis? Some Reflections on a Comparative Periodisation of Austria and Uruguay; Discussion Paper 70 – Abteilung für Stadt und Regionalentwicklung an der Wirtschaftsuniversität Wien.
 - / Novy, Andreas (1999) Divergence and Convergence of National and Local Regulation: The Case of Austria and Vienna, in: European Urban and Regional Studies, Vol. 6 (2), S. 127-143.
 - (2000) Verspätung und Avantgardismus. Zur politischen Ökonomie des gesellschaftlichen Umbruchs in Österreich, in: Kurswechsel, Nr. 4, S. 95-109.
 - / Raza, Werner (2000) Theory of Regulation and Political Ecology. An Inevitable Separation?, in: Economies and Sociétés, série »Théorie de la Régulation«, R, nr. 11, S. 55-70.
 - (2002) Akkumulation, Regulation, Territorium: Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie, Marburg: Metropolis Verlag.
 - (2003) Beiderseits des Rheins. Regulationstheorie und emanzipatorische Politik, in: Brand u. a., S. 58-75.
 - / Odman, Asli (2004) Von den inneren zu äußeren Grenzen. Die Auflösung von Habsburgermonarchie und Osmanischem Reich im Vergleich, in: Becker, Joachim/ Komlosy, Andrea (Hg.) Grenzen weltweit. Zonen, Linien, Mauern im historischen Vergleich, Wien: Promedia/Südwind, S. 75-100.
 - / Jäger, Johannes (2005) Geld und Legitimität. Monetäre Strategien in Argentinien, Uruguay und Brasilien. In: Boris et al., S. 87-111.
 - (2006) Transformation, soziale Unsicherheit und Aufstieg der Nationalkonservativen. Kontrastfälle aus Zentralosteuropa, in: Prokla, Nr. 144, S. 397-417.
 - (i. E.) Mercosur – Reformulación del proyecto de integración en América Latina. Desafíos a la integración: Unión Europea y Mercosur comparados, in: Lenghardtová, Jana/ Palková, Jana (Hg.) Actas del seminario final »Comunicación intercultural en las relaciones económicas internacionales. Aplicación: estudios ibéricos y latinoamericanos«. Bratislava.
- Bonnell, Victoria E. (1980) The Uses of Theory, Concepts and Comparison in Historical Sociology, in: Comparative Studies in Society and History, 22 (April 1980), S. 156-173.
- Boris, Dieter/ Schmalz, Stefan/ Tittor, Anne, Hg., (2005), Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie?, Hamburg: VSA-Verlag.
- Brand, Ulrich/ Raza, Werner, Hg. (2003) Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Demirović, Alex (1997) Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Görg, Christoph (1999) Gesellschaftliche Naturverhältnisse, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Hübner, Kurt (1990) Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie. Berlin: Sigma.
- Jäger, Johannes (2003a) Über die Stadt hinaus. Urbaner Raum und Bodenrente im Spannungsfeld von Akkumulation und Regulation, in: Brand u. a., S. 243-264.
- (2003b) Urban Land Rent Theory: A Regulationist Perspective, in: International Journal of Urban and Regional Research, Volume 27.2., S. 233-249.
- Jessop, Bob, Hg. (2001) Regulation Theory and the Crisis of Capitalism, 5 Bde., Aldershot: Edward Elgar.

- Lipietz, Alain (1998a) Die politische Ökologie und die Zukunft des Marxismus, in: ders. Nach dem Ende des »Goldenen Zeitalters«. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Ausgewählte Schriften, Berlin/ Hamburg: Argument-Verlag, S. 59-76.
- (1998b) Grün. Die Zukunft der politischen Ökologie, Wien: Promedia-Verlag.
- Maier, Charles (2003) Consigning the twentieth century to history: alternative narratives for the modern era, in: *The American Historical Review*, Vol. 105, Issue 3
- Novy, Andreas (1994) Lokaler Widerstand und struktureller Wandel in Brasilien: Lokalinitiativen der Armen an der Peripherie von São Paulo, Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang Verlag
- (1995) Der gegenwärtige räumliche Umstrukturierungsprozess: Grundbegriffe der Regulationstheorie, unveröffentlichtes Skriptum, No. 2, des Instituts für Raumplanung und Regionalentwicklung an der Wirtschaftsuniversität Wien, 2. überarbeitete Fassung.
- / Redak, Vanessa/ Jäger, Johannes/ Hamedinger, Alexander (2001) The End of Red Vienna. Recent Ruptures and Continuities in Urban Governance, in: *European Urban and Regional Studies* 8(2), S. 131-144.
- (2001) Brasilien: Die Unordnung der Peripherie. Von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes, Wien: Promedia Verlag
- (2003) »Politik, Raum, Wissen. Zentrale Kategorien eines erneuerten radikalen Reformismus am Beispiel Brasiliens, in: Brand, u. a., S. 282-303.
- Raza, Werner (2003) »Politische Ökonomie und Natur im Kapitalismus. Skizze einer regulationstheoretischen Konzeptualisierung«, in: Brand, u. a., S. 158-174.
- Redak, Vanessa (2003) »Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes: People's Capitalism?, in: Brand u. a., S. 76-88.

Anmerkungen

- 1 Für eine zusammenführende Analyse der Entwicklung des Regulationsansatzes siehe Jessop 2001, Becker 2002 und 2003.
- 2 Gramsci, Antonio, 1997, *Selections from the Prison Notebooks*, edited and translated by: Quanton Hoare and Geoffrey Nowell Smith, International Publishers: New York, v. a. Kap. 3. Americanism and Fordism, S. 277-321
- 3 Für einen innovativen Vorschlag eines prominenten Europahistorikers, die Weltgeschichte der Modernisierung nach Aufstieg, Etablierung und Abgang des Territorialitätsprinzips zu periodisieren, um sich aus den teleologischen Narrativen sowohl der Nationalstaatsbildung als auch des Kapitalismus herauszubewegen, siehe Maier 2003.
- 4 Für eine Analyse der Lokalinitiativen der Armen an der Peripherie von Sao Paulo, siehe Novy 1994.
- 5 Siehe, den Uruguay-Österreich Vergleich (Becker/ Raza 1999), oder Argentinien-Brasilien-Uruguay-Vergleich (Becker/ Jäger 2005). Ein kontrastierender Fall jedoch ist der Wien-Montevideo-München-Santiago de Chile Vergleich von Jäger (2003), wo die vergleichsanleitende Frage die Produktion und Regulation des städtischen Raumes ist.
- 6 Für diesen Unterschied, siehe Bonnell 1980.
- 7 Insbesondere über Brasilien von Andreas Novy, über Uruguay von Joachim Becker, Johannes Jäger und Werner Raza, über Slowakei von Joachim Becker.
- 8 Foucault, Michel, 1978, *Dispositive der Macht, Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*; Berlin.